

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation

24. April 2023 | Sergej Lawrow | Sitzung des UN-Sicherheitsrates

Die 9.308. Sitzung des UN-Sicherheitsrates wird einberufen. Die vorläufige Tagesordnung für diese Sitzung trägt den Titel „Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit; Wirksamer Multilateralismus durch die Verteidigung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen“. Die Tagesordnung wird angenommen.

Auf der Grundlage von Artikel 37 der Vorläufigen Geschäftsordnung des Rates lade ich die Vertreter der folgenden Länder ein, an dieser Tagung teilzunehmen: Australien, Aserbaidschan, Armenien, Bahrain, Belarus, die Bolivarische Republik Venezuela, Vietnam, Ägypten, Indien, Indonesien, die Islamische Republik Iran, Kanada, Kolumbien, Kuba, Kuwait, die Demokratische Volksrepublik Laos, Libanon, Malaysia, Marokko, Mexiko, Nepal, Pakistan, die Republik Korea, Singapur, die Arabische Republik Syrien, Sierra Leone, Thailand, Turkmenistan, Türkei, Uruguay, die Philippinen, Äthiopien und die Südafrikanische Republik. Der Beschluss ist angenommen.

Der UN-Sicherheitsrat wird nun mit der Erörterung von Punkt 2 der Tagesordnung beginnen. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf das Dokument S/2023/244 lenken – das Schreiben des Ständigen Vertreters der Russischen Föderation an UN-Generalsekretär Antonio Guterres vom 3. April 2023.

Ich möchte den Generalsekretär der Vereinten Nationen, seine Exzellenz Antonio Guterres, begrüßen und erteile ihm das Wort.

[Beitrag Guterres]

Ich möchte dem Generalsekretär der Vereinten Nationen für seine Unterrichtung danken.

Nun werde ich eine Erklärung als Außenminister der Russischen Föderation abgeben.

Herr Generalsekretär, Kolleginnen und Kollegen,

Es ist symbolisch, dass wir unsere Sitzung am Internationalen Tag des Multilateralismus und der Diplomatie für den Frieden abhalten, der durch eine Resolution der UN-Generalversammlung am 12. Dezember 2018 in die Liste der internationalen Tage aufgenommen wurde.

In zwei Wochen werden wir den 78. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg begehen. Die Niederlage Nazideutschlands, zu der mein Land mit Unterstützung der Alliierten einen entscheidenden Beitrag geleistet hat, ermöglichte es, das Fundament für die internationale Nachkriegsordnung zu legen. Rechtlich basierte sie auf der UN-Charta, und die UNO, die einen echten Multilateralismus verkörperte, erhielt eine zentrale, koordinierende Rolle in der Weltpolitik.

In den knapp 80 Jahren ihres Bestehens hat die UNO die wichtige Aufgabe erfüllt, die ihr von ihren Gründern anvertraut wurde. Mehrere Jahrzehnte lang garantierte ein Grundverständnis der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats hinsichtlich des Vorrangs der Ziele und Grundsätze der Charta die globale Sicherheit. Auf diese Weise wurden die Voraussetzungen für eine wirklich multi-

laterale Zusammenarbeit geschaffen, die durch die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts geregelt wurde.

Heute befindet sich unser UN-zentriertes System in einer tiefen Krise. Der Hauptgrund ist das Bestreben einiger UN-Mitglieder, das Völkerrecht und die UN-Charta durch eine bestimmte „regelbasierte“ Ordnung zu ersetzen.

Niemand hat diese Regeln gesehen. Sie sind nicht in transparenten internationalen Gesprächen diskutiert worden. Sie werden erfunden und benutzt, um dem natürlichen Prozess der Bildung neuer unabhängiger Entwicklungszentren, die objektiv den Multilateralismus verkörpern, entgegenzuwirken. Es wird versucht, sie durch illegale einseitige Maßnahmen einzudämmen – indem ihnen der Zugang zu modernen Technologien und Finanzdienstleistungen verwehrt wird, sie von Lieferketten ausgeschlossen werden, ihr Eigentum beschlagnahmt wird, ihre kritische Infrastruktur zerstört wird und allgemein anerkannte Normen und Verfahren manipuliert werden. Dies führt zu einer Zersplitterung des Welthandels, einem Zusammenbruch der Marktmechanismen, einer Lähmung der WTO und der endgültigen – nun offenen – Umwandlung des IWF in ein Instrument zur Erreichung der Ziele der USA und ihrer Verbündeten, einschließlich militärischer Ziele.

In einem verzweifelten Versuch, ihre Vorherrschaft durch die Bestrafung der Ungehorsamen zu behaupten, sind die USA so weit gegangen, die Globalisierung zu zerstören, die sie seit vielen Jahren als großen Nutzen für die Menschheit im Dienste des multilateralen Systems der Weltwirtschaft angepriesen haben. Washington und der Rest des gehorsamen Westens nutzen diese Regeln, um illegitime Schritte gegen die Länder zu rechtfertigen, die ihre Politik im Einklang mit dem Völkerrecht gestalten und sich weigern, den eigennützigen Interessen der „goldenen Milliarde“ zu folgen. Diejenigen, die nicht einverstanden sind, werden auf die schwarze Liste gesetzt, nach dem Motto: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.“

Unseren westlichen Kollegen ist es schon seit langem unangenehm, Gespräche auf der Grundlage universeller Formate wie der UNO zu führen. Um den Kurs der Aushöhlung des Multilateralismus ideologisch zu untermauern, haben sie das Konzept der vereinigten „Demokratien“ im Gegensatz zu den „Autokratien“ ins Leben gerufen. Neben den „Gipfeltreffen für Demokratie“, deren Teilnehmerliste von diesem selbsternannten Hegemon bestimmt wird, werden unter Umgehung der UNO weitere „Eliteclubs“ geschaffen.

Gipfeltreffen für Demokratie, die Allianz für Multilateralismus, die Globale Partnerschaft für Künstliche Intelligenz, die Koalition für Medienfreiheit, der Pariser Aufruf für Vertrauen und Sicherheit im Cyberspace – all diese und andere nicht-integrative Projekte wurden entwickelt, um Gespräche über die entsprechenden Themen unter der Schirmherrschaft der UNO zu vereiteln und nicht-einvernehmliche Konzepte und Lösungen durchzusetzen, die dem Westen zugute kommen.

Zunächst einigt man sich im kleinen Kreis auf etwas, und dann präsentiert man das, worauf man sich geeinigt hat, als „Position der internationalen Gemeinschaft“. Nennen wir es beim Namen: **Niemand hat die westliche Minderheit autorisiert, im Namen der gesamten Menschheit zu sprechen.** Bitte verhalten Sie sich anständig und respektieren Sie alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft.

Indem sie eine auf Regeln basierende Ordnung durchsetzen, lehnen die dahinter stehenden Kreise arrogant den wichtigsten Grundsatz der UN-Charta ab, nämlich die souveräne Gleichheit der Staa-

ten. Die „stolze“ Aussage des Chefs der EU-Diplomatie, Josep Borrell, dass Europa ein „Garten“ und der Rest der Welt ein „Dschungel“ sei, sagt alles über ihre Welt der Ausnahmen. Ich möchte auch die Gemeinsame Erklärung zur EU-NATO-Zusammenarbeit vom 10. Januar zitieren, die wie folgt lautet: Der Vereinigte Westen „wird das gesamte uns zur Verfügung stehende Instrumentarium, sei es in politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Hinsicht, weiter mobilisieren, um unsere gemeinsamen Ziele zum Wohle unserer eine Milliarde Bürger zu verfolgen.“

Der kollektive Westen ist bestrebt, die Prozesse des Multilateralismus auf regionaler Ebene nach seinen Bedürfnissen umzugestalten. Kürzlich forderten die USA die Wiederbelebung der Monroe-Doktrin und verlangten von den lateinamerikanischen Ländern, ihre Beziehungen zur Russischen Föderation und zur Volksrepublik China abzubauen. Diese Politik stieß jedoch bei den Ländern dieser Region auf Widerstand, die beschlossen, ihre eigenen multilateralen Strukturen, vor allem die Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten (CELAC), zu stärken und gleichzeitig an ihrem legitimen Recht festzuhalten, sich als Pfeiler der multipolaren Welt zu etablieren. Russland unterstützt voll und ganz faire Bestrebungen dieser Art.

Die USA und ihre Verbündeten haben erhebliche Kräfte eingesetzt, um den Multilateralismus in der asiatisch-pazifischen Region zu untergraben, in der sich seit Jahrzehnten ein erfolgreiches und offenes System der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit entwickelt hat, das sich auf die ASEAN konzentriert. Dieses System half ihnen bei der Entwicklung von Konsensansätzen, die den zehn ASEAN-Mitgliedern und ihren Dialogpartnern, darunter Russland, China, die USA, Indien, Japan, Australien und die Republik Korea, entgegenkamen und so einen echten inklusiven Multilateralismus garantierten. Washington hat dann seine Indo-Pazifik-Strategie vorangetrieben, um diese etablierte Architektur aufzubrechen.

Auf dem letztjährigen Gipfel in Madrid sprachen die NATO-Staaten von ihrer globalen Verantwortung und ihrer unteilbaren Sicherheit im euro-atlantischen Raum und im so genannten indopazifischen Raum, obwohl sie stets Wert darauf gelegt haben, alle davon zu überzeugen, dass sie den Frieden anstreben und dass ihre Militärprogramme rein defensiv sind. Das bedeutet, dass die Grenzen der NATO als Verteidigungsorganisation in Richtung der westlichen Küstenregionen des Pazifiks verschoben werden. Diese blockorientierte Politik, die den ASEAN-zentrierten Multilateralismus aushöhlt, manifestiert sich in der Schaffung der Militärorganisation AUKUS, in die Tokio, Seoul und mehrere ASEAN-Staaten eingebunden sind.

Die USA sind führend bei der Entwicklung von Mechanismen zur Einmischung in die maritime Sicherheit, um die einseitigen Interessen des Westens in der Region des Südchinesischen Meeres zu schützen. Der von mir bereits erwähnte Josep Borrell hat gestern versprochen, EU-Marineeinheiten in diese Region zu entsenden. Niemand macht einen Hehl daraus, dass diese indopazifische Strategie darauf abzielt, China einzudämmen und Russland zu isolieren. So interpretieren unsere westlichen Kollegen das Konzept eines effektiven Multilateralismus in der asiatisch-pazifischen Region.

Sobald die Warschauer Vertragsorganisation aufgelöst und die Sowjetunion von der politischen Bühne verschwunden war, hegten viele die Hoffnung, dass das Prinzip eines echten Multilateralismus ohne Trennlinien im euro-atlantischen Raum zum Leben erweckt werden könnte. Doch anstatt das Potenzial der OSZE auf gleichberechtigter, kollektiver Basis auszuschöpfen, hielten die westlichen Staaten nicht nur an der NATO fest, sondern verfolgten trotz gegenteiliger Beteuerungen eine dreiste Politik, die benachbarten Gebiete unter Kontrolle zu bringen, darunter auch solche, die

für Russland von vitalem Interesse sind und schon immer waren. Wie der damalige US-Außenminister James Baker im Gespräch mit Präsident George W. Bush sagte, ist die OSZE die größte Bedrohung für die NATO. In unserem Namen möchte ich hinzufügen, dass heute sowohl die Vereinten Nationen als auch die Bestimmungen der UN-Charta ebenfalls eine Bedrohung für die globalen Ambitionen Washingtons darstellen.

Russland hat geduldig versucht, multilaterale Vereinbarungen zum beiderseitigen Nutzen zu erreichen, die sich auf das **Prinzip der unteilbaren Sicherheit** stützen, das in den OSZE-Gipfeldokumenten von 1999 und 2010 feierlich auf höchster Ebene erklärt wurde. Es besagt unmissverständlich schwarz auf weiß, dass niemand seine Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer stärken sollte und dass keinem Staat, keiner Staatengruppe oder Organisation die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Region der Organisation zugewiesen werden kann oder dass sie einen Teil der OSZE-Region als ihren Einflussbereich betrachten kann.

Die NATO kümmerte sich kein bisschen um die Verpflichtungen der Präsidenten und Premierminister ihrer Mitgliedsländer und begann, genau das Gegenteil zu tun, nachdem sie ihr „Recht“ auf willkürliche Aktionen jeglicher Art erklärt hatte. Die illegale Bombardierung Jugoslawiens im Jahr 1999, bei der auch Sprengköpfe mit abgereichertem Uran zum Einsatz kamen, die später zu einem sprunghaften Anstieg der Krebsfälle unter serbischen Bürgern und NATO-Militärs führten, ist ein weiteres eklatantes Beispiel. Joseph Biden war damals Senator und sagte nicht ohne Stolz vor der Kamera, dass er persönlich zur Bombardierung Belgrads und zur Zerstörung der Brücken über die Drina aufgerufen habe. Jetzt ruft der US-Botschafter in Serbien, Christopher Hill, die Serben über die Medien dazu auf, das Blatt zu wenden und „ihre Beschwerden beiseite zu legen“. Die USA haben eine lange Erfolgsbilanz beim „Beiseitelegen von Klagen“. Japan hat lange Zeit verschämt darüber geschwiegen, wer Hiroshima und Nagasaki bombardiert hat. In den Schulbüchern wird es nicht erwähnt. Vor kurzem hat US-Außenminister Antony Blinken auf einem G-7-Treffen herablassend das Leid der Opfer dieser Bombenangriffe bedauert, aber nicht erwähnt, wer dahinter steckt. So lauten die „Regeln“, und niemand wagt es, ihnen zu widersprechen.

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat Washington Dutzende von rücksichtslosen, kriminellen Militäroperationen durchgeführt, ohne auch nur zu versuchen, sich eine multilaterale Legitimation zu sichern. Warum sollten sie sich die Mühe machen, mit ihren willkürlichen „Regeln“?

Die schändliche Invasion des Irak durch die US-geführte Koalition im Jahr 2003 wurde unter Verletzung der UN-Charta durchgeführt, ebenso wie die Aggression gegen Libyen im Jahr 2011. Beide führten zur Zerstörung der Staatlichkeit, zu Hunderttausenden von Todesopfern und zu zügellosem Terrorismus.

Auch die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten der postsowjetischen Länder war ein eklatanter Verstoß gegen die UN-Charta. In Georgien und Kirgisistan wurden „farbige Revolutionen“ angezettelt, und im Februar 2014 wurde in Kiew ein blutiger Staatsstreich inszeniert. Der Versuch einer gewaltsamen Machtübernahme in Weißrussland im Jahr 2020 ist Teil desselben Ansatzes.

Die Angelsachsen, die an der Spitze des Westens stehen, rechtfertigen diese gesetzlosen Abenteuer nicht nur, sondern stellen sie in ihrer Politik zur „Förderung der Demokratie“ zur Schau, während sie dies auch nach ihren eigenen Regeln tun, indem sie die Unabhängigkeit des Kosovo ohne

Referendum anerkennen, sich aber weigern, die Unabhängigkeit der Krim anzuerkennen, obwohl dort ein Referendum abgehalten wurde; laut dem britischen Außenminister James Cleverly sind die Falkland-Inseln / Malvinas kein Thema, weil es dort ein Referendum gab. Das ist amüsant.

Um eine Doppelmoral zu vermeiden, rufen wir alle auf, sich an die Konsensvereinbarungen zu halten, die im Rahmen der nach wie vor gültigen UN-Erklärung über die Grundsätze des Völkerrechts von 1970 getroffen wurden. Darin wird eindeutig erklärt, dass die Souveränität und territoriale Integrität der Staaten zu respektieren ist, die sich „im Einklang mit dem oben beschriebenen Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker verhalten und somit über eine Regierung verfügen, die das **gesamte** zu dem Gebiet gehörende Volk repräsentiert“.

Jeder unvoreingenommene Beobachter kann klar erkennen, dass das nazistische Kiewer Regime in keiner Weise als eine Regierung angesehen werden kann, die die Bewohner der Gebiete vertritt, die sich weigerten, die Ergebnisse des blutigen Putsches vom Februar 2014 zu akzeptieren. Die Putschisten entfesselten einen Krieg gegen die Putsch-Kritiker. Pristina kann auch nicht behaupten, die Interessen der Kosovo-Serben zu vertreten, denen die EU Autonomie versprochen hat, in etwa so, wie Berlin und Paris einen Sonderstatus für den Donbass versprochen haben. Wir wissen sehr wohl, wie sich diese Versprechen letztlich auswirken.

In seiner Botschaft zum zweiten Gipfel für Demokratie am 29. März 2023 hat UN-Generalsekretär Antonio Guterres große Worte gefunden: „Die Demokratie ergibt sich aus der Charta der Vereinten Nationen. Ihre einleitende Aufforderung ‚Wir, die Völker‘ spiegelt die grundlegende Quelle legitimer Autorität wider: die Zustimmung der Regierten.“ Ich möchte das Wort „Zustimmung“ noch einmal betonen.

Es wurden multilaterale Anstrengungen unternommen, um den durch einen Staatsstreich ausgelösten Krieg im Osten der Ukraine zu beenden. Diese Bemühungen um eine friedliche Beilegung des Konflikts wurden in einer Resolution des UN-Sicherheitsrats festgehalten, in der die Minsker Vereinbarungen einstimmig angenommen wurden. Kiew und seine westlichen Chefs haben diese Vereinbarungen mit Füßen getreten. Sie gaben sogar zynisch und mit einem Anflug von Stolz zu, dass sie nie vorhatten, sie zu erfüllen, sondern lediglich Zeit gewinnen wollten, um die Ukraine mit Waffen für den Einsatz gegen Russland zu versorgen. Damit verkündeten sie öffentlich den Verstoß gegen eine multilaterale Verpflichtung der UN-Mitglieder gemäß der UN-Charta, die alle Mitgliedsländer zur Einhaltung der Resolutionen des Sicherheitsrats verpflichtet.

Unsere ständigen Bemühungen, diese Konfrontation zu verhindern, einschließlich der Vorschläge des russischen Präsidenten Wladimir Putin vom Dezember 2021, multilaterale gegenseitige Sicherheitsgarantien zu vereinbaren, wurden arrogant zurückgewiesen. Uns wurde gesagt, dass niemand die NATO daran hindern kann, die Ukraine zu „umarmen“.

In den Jahren seit dem Staatsstreich und trotz unserer nachdrücklichen Forderungen hat niemand aus den Reihen der westlichen Bosse in Kiew Pjotr Poroschenko, Wladimir Zelensky oder die Werchowna Rada der Ukraine zurückgehalten, als die russische Sprache, das Bildungswesen, die Medien und ganz allgemein die russischen kulturellen und religiösen Traditionen per Gesetz konsequent zerstört wurden. Dies war ein direkter Verstoß gegen die ukrainische Verfassung und die universellen Konventionen über die Rechte ethnischer Minderheiten. Parallel dazu führte das Kiewer Regime die Theorie und Praxis des Nationalsozialismus in den Alltag ein und verabschiedete ent-

sprechende Gesetze. Das Kiewer Regime inszenierte schamlos riesige Fackelzüge unter den Bannern von SS-Divisionen im Zentrum der Hauptstadt und anderen Städten. Der Westen schwieg und rieb sich die Hände. Was da geschah, passte voll und ganz in die Pläne der USA, das offen rassistische Regime, das Washington geschaffen hatte, in der Hoffnung zu nutzen, Russland insgesamt zu schwächen. Es war Teil eines strategischen Kurses der USA, der darauf abzielte, Rivalen auszuschalten und jedes Szenario zu untergraben, das die Behauptung eines fairen Multilateralismus in globalen Angelegenheiten implizierte.

Alle Länder sind sich dessen bewusst, aber nicht alle sprechen offen darüber – dabei geht es nicht wirklich um die Ukraine, sondern um die künftige Struktur der internationalen Beziehungen. Werden sie auf einem nachhaltigen Konsens beruhen, der auf dem Ausgleich von Interessen beruht, oder werden sie auf die aggressive und explosive Förderung von Hegemonie reduziert? Es ist ungenau, die Ukraine-Frage aus ihrem geopolitischen Kontext herauszulösen.

Multilateralismus bedeutet, wie ich bereits sagte, die Achtung der UN-Charta und aller mit ihr verbundenen Grundsätze. Russland hat klar erklärt, welche Ziele es mit seiner speziellen Militäroperation verfolgt – die Beseitigung der Bedrohung seiner Sicherheit, die die NATO seit Jahren direkt an unseren Grenzen schafft, und den Schutz der Menschen, denen die in multilateralen Übereinkommen deklarierten Rechte vorenthalten wurden. Russland wollte sie vor den öffentlichen und direkten Drohungen Kiews mit Vernichtung und Vertreibung aus den Gebieten schützen, in denen ihre Vorfahren jahrhundertlang gelebt haben. Wir haben ehrlich dargelegt, für was und für wen wir kämpfen.

Ich bin versucht, vor dem Hintergrund der von den USA und der EU geschürten Hysterie zu fragen: Was haben Washington und die NATO in Jugoslawien, Irak und Libyen getan? Gab es dort Bedrohungen für ihre Sicherheit, Kultur, Religion oder Sprachen? Von welchen multilateralen Standards ließen sie sich leiten, als sie die Unabhängigkeit des Kosovo unter Verletzung der Grundsätze der OECD erklärten und als sie den stabilen und wirtschaftlich wohlhabenden Irak und Libyen zerstörten, die zehntausend Meilen von Amerikas Küsten entfernt waren?

Die schamlosen Versuche der westlichen Länder, die Sekretariate der UNO und anderer internationaler Institutionen unter Kontrolle zu bringen, bedrohten das multilaterale System. Der Westen hat immer einen quantitativen Vorteil in Bezug auf das Personal genossen, aber bis vor kurzem hat das [UN-]Sekretariat versucht, neutral zu bleiben. Heute ist dieses Ungleichgewicht chronisch geworden, und die Mitarbeiter des Sekretariats erlauben sich zunehmend ein politisch motiviertes Verhalten, das sich für internationale Beamte nicht gehört. Wir fordern Seine Exzellenz UN-Generalsekretär Antonio Guterres auf, dafür zu sorgen, dass alle seine Mitarbeiter die Anforderungen der Unparteilichkeit gemäß Artikel 100 der UN-Charta erfüllen.

Wir appellieren auch an die Spitzenbeamten des Sekretariats, sich bei der Ausarbeitung von Initiativdokumenten zu den bereits erwähnten Themen der allgemeinen Agenda und der „Neuen Agenda für den Frieden“ von der Notwendigkeit leiten zu lassen, die Mitgliedsländer aufzufordern, Wege zur Konsensfindung und zum Interessenausgleich zu finden, anstatt neoliberale Konzepte zu übernehmen. Andernfalls werden wir statt einer multilateralen Agenda eine immer größere Kluft zwischen den Ländern mit der goldenen Milliarde und der globalen Mehrheit erleben.

Wenn wir von Multilateralismus sprechen, können wir uns nicht auf einen internationalen Kontext beschränken: Genauso wenig können wir diesen internationalen Kontext ignorieren, wenn wir von Demokratie sprechen. Es darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Sowohl der Multilateralismus als auch die Demokratie müssen innerhalb der Mitgliedsländer und in ihren Beziehungen zueinander respektiert werden. Jeder weiß, dass der Westen anderen Nationen sein Verständnis von Demokratie aufzwingt, sich aber der Demokratisierung der internationalen Beziehungen auf der Grundlage der Achtung der souveränen Gleichheit der Länder widersetzt.

Heute unterdrückt der Westen nicht nur seine sogenannten Regeln in der internationalen Arena, sondern auch den Multilateralismus und die Demokratie im eigenen Land, indem er auf immer repressivere Mittel zurückgreift, um abweichende Meinungen zu unterdrücken, ähnlich wie das verbrecherische Kiewer Regime, das von seinen Lehrern – den USA und ihren Verbündeten – unterstützt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wieder einmal haben wir uns wie in den Jahren des Kalten Krieges einer gefährlichen, vielleicht sogar einer noch gefährlicheren Grenze genähert. Die Situation wird noch verschärft durch den Verlust des Vertrauens in den Multilateralismus, wo die finanzielle und wirtschaftliche Aggression des Westens die Vorteile der Globalisierung zunichte macht und wo Washington und seine Verbündeten die Diplomatie aufgeben und verlangen, dass die Dinge „auf dem Schlachtfeld“ geklärt werden. All dies findet innerhalb der Mauern der UNO statt, die geschaffen wurde, um die Schrecken des Krieges zu verhindern. Die Stimmen verantwortungsbewusster und vernünftiger Kräfte und die Aufrufe zu politischer Klugheit und zur Wiederbelebung der Kultur des Dialogs werden von denen übertönt, die die Grundprinzipien der Kommunikation zwischen den Ländern untergraben wollen. Wir alle müssen zu den Wurzeln zurückkehren und die Ziele und Grundsätze der UN-Charta in ihrer ganzen Vielfalt und Verflechtung beachten.

Ein echter Multilateralismus erfordert heute, dass sich die UNO an objektive Entwicklungen im Prozess der Bildung einer multipolaren Architektur der internationalen Beziehungen anpasst. Die Reform des Sicherheitsrats muss unbedingt beschleunigt werden, indem die Vertretung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas erweitert wird. Die unangemessene Überrepräsentation des Westens in diesem wichtigsten UN-Gremium untergräbt das Prinzip des Multilateralismus.

Venezuela war federführend bei der Gründung der Gruppe der Freunde zur Verteidigung der Charta der Vereinten Nationen. Wir rufen alle Länder, die die Charta respektieren, dazu auf, ihr beizutreten. Es ist auch wichtig, das konstruktive Potenzial der BRICS und der SOZ zu nutzen. Die EAEU, die GUS und die OVKS sind bereit, ihren Beitrag zu leisten. Wir treten dafür ein, die Initiativen der regionalen Zusammenschlüsse des globalen Südens zu nutzen. Die G20 kann für die Aufrechterhaltung des Multilateralismus nützlich sein, wenn ihre westlichen Teilnehmer aufhören, ihre Kollegen von den vorrangigen Tagesordnungspunkten abzulenken, in der Hoffnung, ihre Verantwortung für die Anhäufung von Krisen in der Weltwirtschaft herunterzuspielen.

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die Vereinten Nationen als den hart erkämpften Inbegriff des Multilateralismus und der Koordinierung der internationalen Politik zu erhalten. Der Schlüssel zum Erfolg liegt in der Zusammenarbeit, im Verzicht auf Ausnahmeansprüche und – um es noch einmal zu sagen – im Respekt vor der souveränen Gleichheit der Staaten. Dazu haben wir uns alle verpflichtet, als wir die UN-Charta ratifiziert haben.

Im Jahr 2021 schlug Präsident Wladimir Putin vor, ein Gipfeltreffen der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats einzuberufen. Die Staats- und Regierungschefs Chinas und Frankreichs unterstützten diese Initiative, aber leider wurde sie nicht verwirklicht. Diese Frage steht in direktem Zusammenhang mit dem Multilateralismus. Und zwar nicht, weil die fünf Mächte bestimmte Privilegien gegenüber den anderen haben, sondern gerade wegen ihrer besonderen Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gemäß der UN-Charta. Das ist genau das, was die Imperative des UN-zentrierten Systems, das durch das Verhalten des Westens vor unseren Augen zerbröckelt, verlangen.

Die Besorgnis über diese Situation ist zunehmend in zahlreichen Initiativen und Ideen aus den Ländern des Globalen Südens zu hören, die von Ost- und Südostasien, der arabischen und allgemein der muslimischen Welt bis hin zu Afrika und Lateinamerika reichen. Wir schätzen ihren aufrichtigen Wunsch, die Lösung aktueller Probleme durch ehrliche gemeinsame Arbeit zu gewährleisten, die darauf abzielt, sich auf einen Interessenausgleich zu einigen, der auf der souveränen Gleichheit der Staaten und der unteilbaren Sicherheit beruht.

Abschließend möchte ich den Reportern, die über unser Treffen berichten, mitteilen, dass ihre Kollegen von den russischen Medien nicht hierher kommen durften. Die US-Botschaft in Moskau erklärte sich zynisch bereit, ihnen ihre Pässe mit Visa auszuhändigen, aber erst, wenn unser Flugzeug abhebt. Ich habe also eine große Bitte an Sie. Bitte machen Sie die Abwesenheit der russischen Journalisten wett. Sorgen Sie bitte dafür, dass ein weltweites Publikum Ihre Berichte nutzen kann, um jeden Winkel der Kommentare und Einschätzungen zu erfassen.